



AFRIKA - Einheimische Presse sieht „frappierende Ähnlichkeiten“ zwischen der Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo und der jüngsten Entwicklung im Norden Malis

Rom (Fidesdienst) –Kann man einen Vergleich ziehen zwischen der Situation im Norden Malis derjenigen im Osten der Demokratischen Republik Kongo? Fragt sich die kongolesische Tageszeitung „Le Potentiel“, die in einem Artikel mit dem Titel „Est de la RDC, Nord du Mali: des similtudes frappantes“ auf frappierende Ähnlichkeiten hinweist.

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo (RDC) ist die Situation seit mindestens 20 Jahren instabil, insbesondere weil dort interne aber vor allem auch externe Kräfte ihre Interessen im Hinblick auf die Bodenschätze verfolgen. In der Region sind Guerillagruppen aktiv, die angeblich „ausgegrenzte“ Minderheiten vertreten. Doch seit langem verbergen sich hinter diesen Rebellenbewegungen vor allem die Bestrebungen derjenigen die Bodenschätze in der Region plündern.

Nach Ansicht der kongolesischen Tageszeitung kann dieses Schema auch auf den Norden Malis angewandt werden, wo die Forderungen der Tuareg (die die Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawar, MNLA, vertritt) zweitrangig zu sein scheinen, weil es vielmehr um die Kontrolle illegaler Geschäfte (Drogen-, Waffen-, Menschenhandel) und der Bodenschätze der Region (Gold, Erdöl und Erdgas) geht.

„Le Potentiel“ betont auch, dass die Situation in Mali zu einer Destabilisierung der gesamten westafrikanischen Region führen und auch Länder wie Nigeria bedrohen könnte. Das Schema, das sich dahinter verberge sei eine „Balkanisierung“ der afrikanischen Staaten, d.h. die Spaltung und die Aufteilung in kleinere Einheiten vor dem Hintergrund interner Spaltungen politischer, ethnischer und religiöser Art. Kleiner Staaten sind schwächer und können leichter ausgebeutet werden.

Am Prozess der Destabilisierung des Sahel sind auch islamistische Gruppen, wie die Al Qaida im Islamischen Magreb (AQMI) beteiligt. Wobei alle Bewegungen von den aus den Arsenalen der libyschen Armee nach deren Auflösung geplünderten Waffen profitieren. (LM) (Fidesdienst, 04/04/2012)